

Kap. 7 Gewerbliche Entwicklung und Wirtschaftspolitik II: China

Basisdaten	VR China	Hongkong	Taiwan
Fläche in 1.000 km ²	9.572	1,1	36
Bevölkerung 1998 in Mio	1.246	6,7	21,9
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf 1998 US\$	770	25.632	12.330
Entwicklung des BIP 1997/98	+7,8 %	-5,1 %	.
1998/99	+7,1 %	+2,9 %	.
1999/00	+8,0 %	.	.
Reales BIP-Wachstum 1990-98 p.a.	11,2 %	.	6,3 %
Arbeitslosigkeit 1999	3,1 % (S: 10 %)	6,5 %	2,9 %
Importe 1999	166 Mrd \$ Maschinen 19% Elektronik 17% Textilien 8% Kunststoffe 6%	.	111 Mrd \$ Elektronik 18% Maschinen 12% Chemikal. 10% Metallwar. 9%
Herkunftsländer der Importe 1999	Hongkong 23 % Japan 16 % USA 9 % Südkorea 9 %	VR China 44 % Japan 12 % Taiwan 7 %	Japan 28 % USA 18 % Südkorea 7 %
Exporte 1999	195 Mrd \$ Bekleidung 16 % Elektrowar. 14 % Maschinen 10 % Textilien 7 %	.	122 Mrd \$ Elektronik 18% IT-Ausrüst.12% Text.u.Bekl.12% Metallwar. 10%
Zielländer der Exporte 1999	USA 26 % Hongkong 22 % Japan 15 % Deutschld. 4 %	VR China 33 % USA 24 % Japan 5 %	USA 25 % Hongkong 21 % Japan 10%

Quelle: Fischer Weltalmanach 2001, Asian Development Bank.

Volksrepublik China

Rohstoffe und Energie

In der VR China wurden die Lagerstätten für mineralische Rohstoffe erst in den letzten Jahrzehnten systematischer untersucht. Dabei ergab sich, dass die VR China über ein breites Spektrum von teilweise sehr bedeutenden Vorkommen verfügt. China gilt heute zusammen mit Russland als das rohstoffreichste Land der Erde. Bezüglich fast aller Rohstoffe ist China weitgehend autark. Der kaum erschlossene Westen lässt weitere Rohstoffreserven vermuten.

Bergbau (1999):

Steinkohle (incl. 50 Mio t Baunkohle)	1.045 Mio t	1. Rang, 34 % der Weltförderung
davon Export	37 Mio t	
Erdöl	160 Mio t	6. Rang, 4,6% der Weltförderung
Eisenerz (Fe-Gehalt)	126 Mio t	1. Rang, 24 % der Weltförderung

Lagerstätten der Steinkohle

1. Nordchina: Shanxi (Lössplateau, = „Kohleland“ bei der Industriestadt Taiyuan), übergreifend nach W zur Provinz Shaanxi (am mittl. Huanghe, Nähe Industriestadt Lanzhou), innere Mongolei (am Huanghe-Bogen, Industriestadt Baotou), diese drei Provinzen bilden das sog. „schwarze Dreieck“;
2. SW-China: in den Provinzen Sichuan und Guizhou (Vorkommen südl. des Jangtse);
3. südliche Mandschurei (westl. Shenyang und bei Fushun) und nordöstl. Mandschurei;
4. kleinere Vorkommen in der Großen Ebene und in Südchina.

Bedeutung: weitaus wichtigster Energieträger, deckt ca. $\frac{3}{4}$ des gesamten Energieverbrauchs Chinas.
Verwendung: 58 % Industrie, 25 % Privathaushalte, 9 % Stromgewinnung, auch Exporte.

Probleme

- 1) Umweltbelastung durch CO₂-Emission, Immissionen insb. im sog. Schwarzen Dreieck!

Aber auch katastrophale globale Wirkungen: Die jährliche Zunahme der Verbrennung fossiler Brennstoffe, insb. Kohle, um ca. 9 % steht konträr zum Ziel der UN-Klimapolitik. (Andererseits argumentiert China, dass das Land im Zuge seiner Entwicklung auf den Energierohstoff Kohle nicht verzichten kann und dass die Emission von Klimagasen in den reichen Industrieländern pro Kopf deutlich höher ist.)

- 2) Die Vorkommen liegen nicht dort, wo der Bedarf (Industrie, Kraftwerke, Hausbrand) lokalisiert ist. Daraus entstehen gravierende Transportprobleme. Das Schlüsselproblem der chinesischen Energiewirtschaft ist nicht die Verfügbarkeit, sondern die Verteilung! Der größte Teil der Kohlevorkommen ist im N lokalisiert (ca. 50 %), ferner ca. 36 % im SW. Die Nachfrage ist jedoch nicht nur im N (Mandschurei), sondern vor allem in den dynamischen Regionen im Süden und in der Mitte sowie generell an der Küste lokalisiert. Die Transporte müssen zum großen Teil in N-S-Richtung und W-E-Richtung erfolgen, d.h. sie sind großenteils nicht auf den Flüssen möglich, sondern nur mit der Eisenbahn. Da deren Kapazitäten nicht ausreichen, ist der Kohletransport ein Engpassfaktor der weiteren Wirtschaftsentwicklung.

Erdöl und Erdgas

Traditionell war China ein Erdölimportland; aber durch die Erschließung eigener Vorkommen wurde das Land seit den 1960er Jahren autark. Heute deckt die Erdölförderung ca. 1/5 des Primärenergiebedarfs.

Vorkommen: Mandschurei (südl. und nördl.), im Westen (Tarim- u.a. Becken), nordchines. Bucht (Bohai-Meer, nördl. Shandong-Halbinsel), im Roten Becken (Sichuan), im Schelfmeer entlang der Küste zum Gelben Meer, zum Ostchines. Meer und zum Südchines. Meer (ferner auch in der Nähe der Paracel-Inseln und der Spratly-Inseln im Südchinesischen Meer).

Ein Ausbau der Erdölförderung an den Küsten setzt eine leistungsfähige Infrastruktur (Häfen, Pipelines, Raffinerien an der Küste) voraus. Unter MAO lag der räumliche Schwerpunkt der Industrialisierung jedoch im Landesinnern; erst mit der Öffnung seit den 1980er Jahren entsteht an der Küste die Infrastruktur, und die Energieversorgung an den östlichen und südlichen Küsten durch Erdöl gewinnt an Bedeutung.

Wasserkraft

Das große Potenzial wird bisher nur zu ca. 5 % genutzt; allerdings ist ein forcierter Ausbau geplant, u.a. ist der weltgrößte Stausee zur Energiegewinnung am Yangtsekiang in Bau („Drei-Schluchten-Stausee“). Der Anteil der Wasserkraft an den Energiereserven wird auf ca. 20 % geschätzt! Allerdings befindet sich das Wasserkraftpotenzial vor allem am Mittellauf der großen Flüsse, d.h. es ist nicht an der Küste verfügbar.

Weltgrößtes Projekt: „Drei-Schluchten-Damm“ am Ostrand des Hochlandes von Sichuan am Yangtse (Provinzen Hubei und Sichuan). Geplante Leistung: 18.200 Megawatt, es ist damit eineinhalbmal so leistungsfähig wie das derzeit weltgrößte Wasserkraftwerk von Itaipu in SW-Brasilien. Baubeginn: 1994, Anfang November 1997 Umleitung des Yangtse zum Staudamm-Bau. Länge des geplanten Stausees: 600 km; Breite meist nur ca. 1-2 km, weil es sich meist um schmale Gebirgstäler handelt.

Argumente pro:

- 1) Energiegewinnung für rasch wachsenden Energiebedarf,
- 2) Einsparung von 40 Mio t Kohle p.a.,
- 3) Hochwasserschutz des Yangtse (1870 sind beispielsweise 400.000 Menschen ertrunken, seitdem insg. weitere 300.000).

Argumente contra:

- 1) Umsiedlung von zwischen 1 Mio (Regierung) und 2 Mio (Kritiker) Menschen erforderlich, realistisch: 1,3 Mio Menschen. Peking: Staat zahlt 7 Mrd DM allein für die Umsiedlung,
- 2) Umweltzerstörung durch Überflutung, Überflutung einer Landschaft mit pittoresken Gebirgstälern; Altlasten der 3.000 überfluteten Fabriken,
- 3) Gefahr der Auslösung von Erdbeben durch hohe Drucklast,
- 4) Abhängigkeit von westl. Technologien und Kapital.

Kritiker: Stausee ist politisches Prestigeprojekt mit zweifelhaftem ökonomischem Nutzen und hohen ökologischen Schäden. Die chinesische Energiepolitik sollte umsteuern: nicht Energie verschwenden, sondern sparsam verwenden und kleinere flexible Kraftwerke in der Nähe der Verbrauchszentren bauen. GTZ und viele Regierungen raten vom Bau ab, aber die (frühere) Bundesregierung und Weltbank stützen die chinesische Politik. Auch die deutsche Bundesregierung gewährte Bürgschaften von 1,3 Mrd DM zur Sicherung des Engagements deutscher Unternehmen.

Fazit zur Energiesituation: China ist in einer vergleichsweise günstigen Situation. Anders als andere Länder der Dritten Welt ist China nicht von teuren Energieeinfuhren und speziell von Ölimporten mit ihren hohen Preisrisiken, die viele Entwicklungsländer in eine Schuldenfalle gebracht haben, abhängig.

- Probleme: 1) schneller Anstieg des Bedarfs,
2) ungünstige räumliche Verteilung,

3) ineffiziente Energienutzung mit hoher Umweltbelastung und großer Verschwendung!

Vorkommen von Eisenerz

Zwei große Vorkommen:

- 1) im N (Prov. Lianoning, =südl. Mandschurei),
 - 2) im SW (Prov. Sichuan/Yunnan, am Oberlauf des Yangtse),
- ferner räumlich gestreute kleinere Vorkommen.

VR China: ausgewählte mineralische Rohstoffe

	Produktion 1998	Rangplatz der Länder	Anteil an der Weltproduktion 1998
Bauxit (Mio t)	8,5	5	6,8 %
Blei (1.000 t)	710	1	22,8 %
Eisenerz (Mio t)	250	1	24,6 %
Gold (t)	161	5	6,6 %
Kupfer (1.000 t)	476	9	3,8 %
Silber (t)	918	8	5,7 %
Zink (mio t)	1,2	1	16,0 %
Zinn (1.000 t)	80	1	37,0 %

Quelle: Fischer Weltalmanach 2001

Auch bei der Förderung von Mangan, Wolfram , Antimon, Quecksilber und Phosphat belegt die VR China vorderste Rangplätze.

Resümierend zur Lokalisation der Rohstoffe, speziell im Hinblick auf industrielle Nutzung:

- 1) Der traditionelle Schwerpunkt liegt in der Mandschurei, d.h. im Norden. Hier entstand der traditionelle schwerindustrielle Schwerpunkt, ursprünglich initiiert durch die Japaner, dann im Zuge des schwerindustriellen Aufbaus der 1950er Jahre, größtenteils mit sowjetischer Unterstützung.
- 2) Inneres Bergland und Lösshochplateaus am Mittellauf des Huanghe sowie im SW (Sichuan, Yunnan, Guizhou). Die auf diesen Rohstoffvorkommen basierende Industrialisierung wurde vor allem in den 1960er und frühen 1970er Jahren im Rahmen der binnenorientierten Entwicklungspolitik unter MAO vorangetrieben.

Hingegen sind die östlichen und südlichen Küstentiefländer relativ rohstoffarm (abgesehen von den neueren Erschließungen der dortigen Ölvorkomen). Dadurch entsteht eine zunehmende regionale Disparität zwischen den mineralischen Rohstoffvorkommen im Landesinnern und der raschen außenorientierten Küstenentwicklung seit den 1980er Jahren. Allerdings liegt der Schwerpunkt der modernen Industrialisierung weniger auf rohstoffbasierten Schwerindustrien, sondern stärker auf arbeitsorientierten Leichtindustrien.

Industrielle Entwicklung der VR China

China hat eine lange gewerbliche Tradition, allerdings in der handwerklichen Produktion; bezüglich der Industrie (im Sinne einer mechanisierten, arbeitsteiligen Produktionsweise) ist die VR China bis heute ein Entwicklungsland.

Verhältnis zwischen den Sektoren Landwirtschaft und Industrie nach der Beschäftigung: 1950 8:1; 1985: 4:1; 1990: 3:1; 1999: 2:1. Das heißt: China ist nach wie vor in erster Linie ein Agrarland, aber die industrielle Entwicklung schreitet rasch voran. 1982 waren erst 13,7 %, 1993 bereits 18 % und 1998 schon 23,8 % aller Erwerbstätigen in der Industrie beschäftigt (primärer Sektor: 49,8 %, tertiärer Sektor 26,4 %). Allerdings entfielen 1998 bereits 49 % der gesamten Wertschöpfung auf den Industriesektor (primärer Sektor nur noch 18 % mit sinkender Tendenz, tertiärer Sektor 33 % mit steigender Tendenz).

Anfänge der Industrialisierung im „Alten China“: Seit den Opiumkriegen um 1840 begann die Industrialisierung durch die Kolonialmächte in den Vertragshäfenstädten, insb. in 1) Shanghai und 2) Tientsin u.a.; Schwerpunkte: Textil- und Bekleidung, Nahrungsmittel.

In 1920er und 30er Jahren allmählicher Aufbau der Schwerindustrie in der südlichen Mandschurei (Shenyang), dort forciert durch die japanische Besatzungsmacht. Aber bezogen auf das gesamte Land blieb China ein Agrarland. Die industriewirtschaftliche Entwicklung wurde durch die lang anhaltenden Auseinandersetzungen mit den europäischen Kolonialmächten und Japan und insbesondere infolge der japanischer Besetzung und des Bürgerkriegs stark behindert.

Stadien der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Entwicklung nach 1949

Phase 1a: 1949-1953

In den ersten Jahren nach der Revolution 1949 war der wirtschaftspolitische Kurs der KPCh noch weitgehend offen: Die Existenzberichtigung einer „nationalen Bourgeoisie“ wurde ebenso anerkannt wie das „Eigentum der Kapitalisten“ als eine mögliche Eigentumsform. Ziel der Partei war zunächst die Modernisierung der Wirtschaft in Zusammenarbeit mit der bürgerlichen städtischen Elite.

Erste große Aktivität nach der Machtübernahme: *ländliche Bodenreform* (1949-52). Die Enteignung der Großgrundbesitzer und die Vergabe des Landes an die ehem. Pachtbauern führte zu einer breiten Unterstützung der Politik durch die Bevölkerung und zur Ausschaltung der traditionellen ländlichen Großgrundbesitzer-Elite.

Die Schlüsselindustrien (Schwerindustrie, Banken, Transport und Verkehr) wurden 1949 sofort verstaatlicht; KMUs blieben zunächst privat, aber schon ab Mitte der 1950er Jahre erfolgte eine sukzessive Einschränkung der privatwirtschaftlichen Aktivitäten, und die Verstaatlichung begann. Staatliche Unternehmen hatten 1949 aber erst einen Anteil von 26 % am Bruttoproduktionswert der Industrie, 1958 bereits 89 %!

Phase 1b: 1953-57

Anlehnung an das sowjetische Vorbild der Wirtschaftspolitik im ersten Fünfjahresplan 1953-57: Primat der Schwerindustrie und zentrales bürokratisches Planungssystem als Ersatz für die marktliche Koordinierung der Wirtschaft.

1952-57 forcierte Verstaatlichung der Industrie, des Transportwesens, des Handels und der Banken nach sowjetischem Vorbild, bis Ende der 1950er Jahre im wesentlichen abgeschlossen. Räumliche Schwerpunkte des schwerindustriellen Aufbaus gemäß dem ersten Fünfjahresplan 1953-57: 1) südliche Mandschurei (Revier von Anshan in der Prov. Liaoning); 2) entlang der Eisenbahn-Achse Peking-Wuhan.

Finanzierung der schwerindustriellen Aufbaus: Unterbewertung der staatlichen Aufkaufpreise der Landwirtschaft und Überbewertung der industriellen Inputpreise. Steuerung des privaten Konsums durch die staatliche Kontrolle der Löhne. Durch die staatliche Lenkung der Faktor- und Güterpreise erzielten die staatlichen Unternehmen stets Gewinne (niedrige Rohstoff- und Energiepreise, niedrige Lohnkosten!); diese mussten an den Staat abgeführt werden (Haupteinnahmequelle des Staatshaushalts).

Kehrseite der Mobilitätsbeschränkung und der Aufhebung der privaten Arbeitsmärkte: Staatliche Unternehmen müssen soziale Aufgaben übernehmen: lebenslange Anstellung, Überbeschäftigung, medizinische Versorgung, Wohnungsversorgung, Rentenzahlungen usw.

Zentrale staatliche Wirtschaftslenkung führte in den folgenden Jahrzehnten zu wachsenden Ungleichgewichten:

- Überdimensionierung der Schwerindustrie.
- Der schwerindustrielle Aufbau konzentrierte sich auf die *Städte*. Damit entstand eine ideologisch widersprüchliche Situation. Einerseits Lösung: Aufhebung des „kapitalistischen“ Stadt-Land-Gegensatzes, andererseits Lösung: „Konsumentenstädte“ des Feudalismus und Kapitalismus in „Produzentenstädte“ umwandeln, nämlich durch Industrieentwicklung!
- Gleichzeitig Knappheit und Verschwendung von Rohstoffen und Energie (weil die Rohstoff- und Energienutzung nicht über angemessene Preise gesteuert wird).
- Vernachlässigung der Infrastruktur, insb. der Verkehrsinfrastruktur.
- Die beiden letzten Faktoren führen zu industriellen Kapazitätsunterauslastungen und hohen volkswirtschaftlichen Verlusten.
- Die Belastung der (staatlichen) Unternehmen mit sozialen Aufgaben hatte zweischneidige Auswirkungen. Die überdimensionierte Beschäftigung der Betriebe leistete einen positiven Beitrag zur Lösung des Beschäftigungsproblems, sie bewirkte jedoch auch eine niedrige Arbeitsproduktivität und bot keine Anreize für Produktivitätssteigerung.

Phase 2: 1958-66

Zweiter Fünfjahresplan 1958-62, unterbrochen von der Politik des „großen Sprungs vorwärts“. Weitere Forcierung der Schwerindustrie. Neue strategische Zonen in der sog. „dritten Linie“ aus strategischen Gründen im Landesinnern: in NW (Lantschou u. Baotou am Huanghe, ferner Sian/Xian) sowie in SW-China (Chungking/Rotes Becken, Kunming). Der wirtschaftliche Erfolg war sehr zweifelhaft, u.a. wegen unwirtschaftlicher Standortwahlen.

Ab den 1950er Jahren zunehmende Isolierung vom kapitalistischen Ausland und seit dem politischen Bruch mit der UdSSR zu Beginn der 1960er Jahre auch Isolierung von der UdSSR. Folgen: Drosselung der Außenbeziehungen (Ausnahme Hongkong als Fenster), wirtschaftliche Autarkiepolitik, Ausbau im Landesinnern (3. Zone) zu Lasten der früher führenden Küstenregionen

aufgrund der Einschätzung militärischer Bedrohung von außen! Wahl der ungünstigen Standorte im Landesinnern führte zu erheblichen volkswirtschaftlichen Verlusten bzw. Opportunitätskosten.

Unter MAO ZEDONG setzte seit den 1950er Jahren ein Kampf gegen „Rechtsabweichler“ mit dem Ziel einer umfassenden sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft ein. Damit wurde die gesamte gesellschaftliche Wertestruktur neu definiert: Diskriminierung der „nationalen Bourgeoisie“, ständige Mobilisierungskampagnen der Massen zur Umerziehung. Materielles Besitz- und Gewinnstreben, Leistungsorientierung und Gewinnstreben werden als bourgeoise kapitalistische Werte diskriminiert und stigmatisiert. Zugleich wurde die konfuzianische Wertetradition explizit als feudalistisch-bourgeois abgelehnt. Damit entstand seit den 1950er Jahren ein krasser Gegensatz zur taiwanesischen GMD-Politik.

Zentrale Zielsetzung der Gesellschaftspolitik: Abbau von „Disproportionen“ (Ungleichgewichten), z.B. zwischen Menschen, Wirtschaftssektoren und insb. auch zwischen Räumen, d.h. konkret: 1) Aufhebung des Stadt-Land-Gegensatzes, 2) bevorzugte Entwicklung der Regionen im Landesinnern (Küstenzone war unter dem Einfluss des Kapitalismus entwickelt)!

In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre erfolgte ein Schwenk in der Agrarpolitik: Die radikale Linie setzte sich durch, die statt Privatbesitz eine durchgreifende Kollektivierung forderte. Ab 1958 Bildung der *ländlichen Volkskommunen*. Gründe:

- 1) ideologisch, insb. Eigentumsfrage, Ersatz der Familie durch die Volksgemeinschaft;
- 2) Absicherung des staatlichen Handelsmonopols für agrarische Produkte und bessere staatliche Versorgung der städtischen Industriezentren,
- 3) Abschöpfung und Transfer der Überschüsse der Agrarproduktion (China war Agrarland!).

Dies zeigt sich beispielsweise auch darin, dass in der VR China Bildung und berufliche Qualifikation einen relativ niedrigen politischen Stellenwert besaßen und die Bildungspolitik stark von ideologischen Volkserziehungszielen überlagert war.

Phase 3: 1966-78 = Phase der sog. Kulturrevolution

Die sog. Kulturrevolution wurde ausgelöst durch MAO ZEDONG, seine Frau und die radikale Fraktion in der KPCh, die seit Mitte der 1960er Jahre die Oberhand bekam. Sie zielte auf eine weitreichende gesellschaftliche Umwandlung, sowohl wirtschaftlich und institutionell als auch ideologisch-kulturell: Kampf gegen die intellektuelle Elite der Lehrer, Professoren, Wissenschaftler und andere Fachexperten. Maßnahmen: Schul- und Studienzeiten wurden verkürzt, Schulen und Hochschulen zeitweilig geschlossen, Schüler und Lehrer zeitweilig zu Arbeitseinsätzen zur Umerziehung aufs Land an die Front der Werktätigen geschickt.

Die Kulturrevolution war der Höhepunkt einer auch schon vorher und nachher ausgeprägten elitefeindlichen Politik. Aus diesen Gründen gab es ähnlich wie in der UdSSR keine überdurchschnittliche Entlohnung für akademische bzw. verantwortungsvolle Berufstätigkeiten und damit auch kein leistungsorientiertes Anreizsystem. Um die Mitte 1970er Jahre lag die Studentenquote bei ca. 50 % des Standes anderer Entwicklungsländer mit einem ähnlichen Einkommensniveau!

Die radikale sozialistische Umerziehung führte zu einem wirtschaftskulturellen Desaster, insb. aufgrund des Fehlens leistungsorientierter Anreizsysteme (weder materielle Belohnung noch soziale Anerkennung): Vernachlässigung der Bildung und beruflichen Qualifikationen, egalitäre Verteilung

von Löhnen und Boni, beruflicher Aufstieg nicht nach Leistung, sondern nach politischer Linientreue; Folgen: Verfall der Arbeitsmoral, niedrige Arbeitsproduktivität, geringer technischer Fortschritt.

Diese Politik geriet damit in einen zunehmenden Gegensatz zu den gesellschaftlichen und speziell den konfuzianischen Traditionen:

- Klassenkampf versus Harmonie,
- Kritik/Selbstkritik versus Gesichtswahrung,
- Gleichheit versus Hierarchieakzeptanz,
- Politik versus Erfolg durch Lernen und Leistung;
- abstrakte Klassengemeinschaft versus *Danwei*-Mentalität.

Danwei = „Grundeinheit“; traditionell: Dorf als Produktions-, Konsum- und Lebensgemeinschaft von mehreren Familien. Geht zurück auf alte Traditionen des Dammbaus gegen Hochwasser oder den Bau und die Unterhaltung von Bewässerungsanlagen. Selbst die Städte gliedern sich in solche zellularen Nachbarschaften, die im sozialen Leben eine große Rolle spielen. Die kommunistische Gesellschaftspolitik versuchte, daran anzuknüpfen und das *Danwei*-Prinzip mit der Parteigliederung und den ländlichen Volkskommunen zu verbinden: die *danwei* wurde zeitweilig zur Grundeinheit der Volkserziehung und -überwachung. Mit den Reformen wird diese zellulare Struktur teilweise aufgeweicht (einzelwirtschaftliche Betätigung). Andererseits erhielten die einzelnen Betriebe eine weitgehende Autonomie für eigene wirtschaftliche Betätigungen; damit wurde ihr *Danwei*-Charakter als „Betriebsfamilie“ wieder verstärkt. Zellularisierung der Gesellschaft führt zu einem wenig ausgeprägten staatsbürgerlichen Denken im westlichen Sinne, sondern zur „*Danwei*-Demokratie“, zu der sowohl ein „*Danwei*-Partikularismus“ als auch eine „*Danwei*-Sozialpolitik“ gehören.

Programm der Pekingener „Roten Garden“ vom 23.08.1966 (gem. Nachrichtenagentur Xinhua; zitiert nach: Inf. z. polit. Bildung 198, 20):

1. Jeder Bürger soll manuelle Arbeit verrichten.
2. In allen Kinos, Theatern, Buchhandlungen, Omnibussen usw. müssen Bilder MAO ZEDONGS aufgehängt werden.
3. Überall müssen Zitate MAO ZEDONGS an Stelle der bisherigen Neonreklamen angebracht werden.
4. Die alten Gewohnheiten müssen verschwinden.
5. Die Handelsunternehmen müssen reorganisiert werden, um den Arbeitern, Bauern und Soldaten zu dienen.
6. Eine eventuelle Opposition muss rücksichtslos beseitigt werden.
7. Luxusrestaurants und Taxis haben zu verschwinden.
8. Die privaten finanziellen Gewinne sowie die Mieten müssen dem Staat abgegeben werden.
9. Die Politik hat vor allem den Vorrang.
10. Slogans müssen einen kommunistischen Charakter aufweisen.
11. Die revisionistischen Titel haben zu verschwinden.
12. In allen Straßen sollen Lautsprecher aufgestellt werden, um der Bevölkerung Verhaltensmaßregeln zu vermitteln.
13. Die Lehre MAO ZEDONGS muss schon im Kindergarten vermittelt werden.
14. Die Intellektuellen sollen in Dörfern arbeiten.
15. Die Bankzinsen müssen abgeschafft werden.

16. Die Mahlzeiten sollen gemeinsam eingenommen werden, und es soll zu den Sitten der ersten Volkskommunen im Jahr 1958 zurückgekehrt werden.
17. Auf Parfüms, Schmuckstücke, Kosmetik und nichtproletarische Kleidungsstücke und Schuhe muss verzichtet werden.
18. Die Erste Klasse bei den Eisenbahnen und luxuriöse Autos müssen verschwinden.
19. Die Verbreitung von Photographien von sogenannten hübschen Mädchen soll eingestellt werden.
20. Die Namen von Straßen und Monumenten müssen geändert werden.
21. Die alte Malerei, die nicht politische Themen zum Gegenstand hat, muss verschwinden.
22. Es kann nicht geduldet werden, dass Bilder verbreitet werden, die nicht dem Denken MAO ZEDONGS entsprechen.
23. Bücher, die nicht das Denken MAO ZEDONGS wiedergeben, müssen verbrannt werden.

Phase 4: seit 1978 wirtschaftliche Öffnung und Modernisierung

Seit ca. 1978 Ablösung des radikalen Kurses durch vorsichtige Reformpolitik (1976 Tod MAO ZEDONGS, 1978 Sturz der radikalen „Viererbande“ mit der Mao-Witwe und Ankündigung von Reformen durch DENG XIAOPING). Einer der Auslöser war die Krise des Agrarsektors: sinkende Arbeitsproduktivität und Pro-Kopf-Erträge, kaum Verbesserung der Einkommen, Versorgungsengpässe in den Städten.

In den ersten Reformjahren nach 1978 lag der Schwerpunkt auf der ländlichen Reformpolitik:

- Dezentralisierung der Kompetenzen, desh. unterschiedliche regionale Entwicklungen,
- ab 1982 Auflösung der Volkskommunen mit Wiederherstellung der kleinen dörflichen Einheiten, teilweise auch Re-Privatisierung,
- Zulassung privater Produktion und vor allem privater Vermarktung (Bauernmärkte in den Städten parallel zum staatlichen Handel zur Lösung der Versorgungskrise). Der bäuerliche Einzelhaushalt wird wieder zur wichtigsten Einheit der landwirtschaftlichen Produktion; Folge: starker Anstieg der Produktion; China wird Selbstversorger mit Nahrungsmitteln.

Erste Reformen der Industriepolitik, zunächst nach dem Vorbild der Landwirtschaft:

- Trennung von Eigentumsrecht und Management, d.h. weitgehende Entscheidungsbefugnisse der Betriebsleiter über Investitionen, Produktion, Personalpolitik und Absatz;
- Reduzierung staatlicher Planvorgaben und Zulassung der selbstständigen Vermarktung der Überplanproduktion und Einbehaltung von Gewinnanteilen zur Reinvestition und Lohnerhöhung;
- Erleichterung des Marktzutritts neuer kollektiver und privater Unternehmen, insb. kontrollierte Zulassung ausländischen Kapitals (FDIs).

Diese Reformen waren eingebettet in vorsichtige gesellschaftliche Reformen:

- Trennung von Partei- und Verwaltungsorganen,
- Stärkung der Provinz- und Lokalautonomie,
- Stärkung der Betriebsautonomie, d.h. Stärkung des *Danwei*-Prinzips,
- Auf- und Ausbau des Rechtssystems („Rechtsherrschaft“ statt „Personenherrschaft“) u.a.

Politik der wirtschaftlichen Modernisierung und „Öffnung“, d.h. *Politik der zwei Wege*: wirtschaftliche Liberalisierung wird kombiniert mit gesellschafts- und kulturpolitischem Festhalten an dem

Ziel einer kommunistischen Gesellschaft. D.h.: 1) institutionelle Reformen mit einem Mix von Markt und Staatsregulation, 2) Globalisierung mit starkem Anstieg von FDIs. Ergebnis: pfadabhängige Entwicklung der einzelnen Städte und Regionen und durch regionale Institutionen eingebettete Globalisierung der Küstenregionen.

4. Juni 1989: vorübergehendes Ende der politischen Liberalisierung. Die Demonstrationen und Proteste der Bevölkerung, insb. von Studenten, auf dem Tiananmen-Platz (Platz des himmlischen Friedens) werden gewaltsam beendet, indem Peking militärisch besetzt wird und bei einer gewaltsamen Räumung des Platzes ca. 300 Menschen getötet werden. Bei den Unruhen kommen insg. ca. 1.400 Zivilisten ums Leben.

Industrie: seit 1978 kontinuierliche Wachstumsraten um 10 %, nachholende Entfaltung von Leichtindustrien mit hohen Wachstumsraten: Maschinenbau, Textil und Bekleidung, Nahrungsmittel; seit den 1990er Jahren auch Fahrzeugbau, Elektrotechnik/Elektronik u.a.

Beispielsweise ist die VR China heute der mit Abstand weltgrößte Produzent von Zement (34 % der Weltproduktion), von Kunstdünger (24 % der Weltproduktion), von Roheisen und Rohstahl (1999: 124 Mio t Rohstahl, 15 % der Weltproduktion), Fernsehgeräten (27 % der Weltproduktion; = ubiquitäre Technologie), Bekleidung und Zigaretten (31 % der Weltproduktion). Bei der Produktion von Kunstfasern (Chemische Industrie), Kühlschränken, Papier und Bier ist die VR China jeweils der zweitgrößte Produzent der Welt.

Standorte: grundlegende Standortumorientierung im Vergleich zu den staatlich gelenkten Schwerpunkten der Industrialisierung im Landesinnern vor der Kulturrevolution; jetzt: starke Entwicklung der ökonomisch „besten“ Standorte an der Küste!

Grundmuster: 3 industrielle Zonen:

(1) Küstenzone: 14,3 % der Fläche, 42 % der Bevölkerung und heute ca. 60 % der gesamten chinesischen Industrieproduktion. Dies ist der neue chinesische Industrie-, Wachstums- und Wohlstandsgürtel. Hier sind konzentriert: Chemie, Maschinenbau, Textil & Bekleidung, Elektrotechnik/Elektronik usw. Die Leichtindustrie überwiegt hier bereits die Schwerindustrie.

Die Gruppe Maschinen- und Fahrzeugbau und Elektroindustrie ist heute bereits der größte Industriezweig Chinas. Lokalisation insb. in den großen Städten wie Shanghai, Peking, Tientsin, Wuhan, Shenyang, Guangzhou.

Textil- und Bekleidungsindustrie ist der zweitwichtigste Zweig (15 % der Industrieproduktion und des Exports). Rohstoff insb. Baumwolle. Chinesische Textil- u. Bekleidungsindustrie ist die größte der Erde, insb. wegen des großen Binnenmarktes. Lokalisation insb. in den industrialisierten Küstenzonen; nicht nur städtische, sondern auch ländliche Standorte.

Seit Ende der 1970er Jahre Einrichtung von **Sonderwirtschaftszonen** und **offenen Städten**:

1979 4 Sonderwirtschaftszonen: Shenzhen (b. Hongkong), Zhuhai (b. Macau), Shantou (nordöstl. Hongkong) und Xiamen (gegenüber Taiwan); 1984 ergänzt um die Insel Hainan;

1984 14 offene Städte entlang der Küste von Bahaï im Süden bis Dalian im Norden;

1987 3 „offene Wirtschaftszonen“: Perlfuss-Delta, Yantgse-Delta, Küstendreieck Prov. Fujian (um SWZ Xiamen);

1992: zahlreiche weitere „offene Städte“: entlang der Staatsgrenze (insb. zu Russland und Vietnam), entlang des Yangtse, Provinzhauptstädte im Binnenland.

Bedeutendstes Beispiel: *Shenzhen* zwischen Hongkong und Guangzhou. Ziele: In staatlich kontrolliertem Umfang ausländische (d.h. insb. auslandschinesische) Investitionen ins Land zu ziehen, um dort insb. Exportindustrien aufzubauen. Die SWZen bildeten anfangs Enklaven mit einer quasi-marktwirtschaftlichen Ordnung. Damit mehrere Zwecke:

- 1) Arbeitsplätze und Einkommen für die betreffenden Regionen durch ausländische Investitionen (endogener Kapitalmangel),
- 2) Steueraufkommen für Staat (insb. Erwirtschaftung von Devisen),
- 3) Diffusion technischen und organisatorischen Wissens, damit die einheimische Industrie Innovationsanstöße erhält und auf den Wettbewerb auf den Weltmärkten vorbereitet wird.
- 4) Experimentieren mit neuen Wirtschaftsformen und Vertrauensbildung für die erfolgte Übernahme Hongkongs und Macaus und die angestrebte Übernahme Taiwans.

Sukzessive Erweiterung der offenen Städte zeigt klar die regionalpolitische Strategie: Ausgehend von den Sonderwirtschaftszonen und Hafenstädten an der Küste sollen nach und nach auch die Gebiete der mittleren und westlichen Zone in den Reform- und Liberalisierungsprozess einbezogen werden. Langfristiges Ziel: Einbeziehung des ganzen Territoriums.

(2) **Mittlere Zone:** 29,4 % der Fläche, 26 % der Bevölkerung. 1985: 26,9 % der chinesischen Industrieproduktion, also ungefähr im Durchschnitt. Sektoraler Schwerpunkt: Schwerindustrie als Ergebnis der älteren Politik, insb. in der Mandschurei, Prov. Shanxi, Wuhan.

(3) **Westliche Zone:** 56,3 % der Fläche, 22 % der Bevölkerung. In wirtschaftlicher Hinsicht ist diese Zone allerdings keineswegs homogen: Sie umfasst einige dicht besiedelte Gebiete (insb. Rotes Becken in der Prov. Sichuan) und einige lokale Schwerpunkte der staatlich aufgebauten Schwerindustrie auf Kohle- und Erzbasis, ist aber sonst wenig industrialisiert. Während des „Großen Vorwärtssprungs“ und der Kulturrevolution wurde zwar versucht, die sog. „Industrien der dritten Linie“ im SW forciert weiterzuentwickeln, aber mit geringem Erfolg; 1985 entfielen nur 12,8 % der Industrieproduktion auf die westliche Zone.

Von 1949 bis zum Ende der 1970er Jahre erlebte China eine zwar räumlich ausgewogene, aber insgesamt ineffiziente Entwicklung. Seit 1978 führen die FDI's und das anhaltende Wachstum zu verschärften regionalen Disparitäten mit einem starken wirtschaftlichen Entwicklungsgefälle Küstenzone-Binnenland!

Diese Auseinanderentwicklung wird differenziert und teilweise verschärft durch die politisch kontrollierte außenwirtschaftliche Öffnungspolitik Chinas. Bis 1978: Autarkiepolitik und Binnenentwicklung; seit 1978: kontrolliert forcierte Außenwirtschaftspolitik (Außenhandel, *joint ventures* mit ausländischem Kapital). Ab Anfang der 1980er Jahre wurden private Unternehmen zugelassen und damit eine wirtschaftspolitische Trendwende vollzogen. Seitdem sinkt der Anteil staatlicher Unternehmen am industriellen Bruttoproduktionswert, z.B. von 1978: 78 % auf 1990: 55 %!

Räumliche Verteilung der ausländischen Direktinvestitionen: ca. 35-40 % aller FDI's entfallen auf die Provinz Guangdong mit der Sonderwirtschaftszone Shenzhen! Daneben sind auch andere

Küstenprovinzen und insb. die Hafenstadt Shanghai bedeutsame Ziele. Dem entspricht die räumliche Verteilung der *joint ventures* mit ausländischen Partnern. Diese Entwicklung ist eindeutig außenwirtschaftsbezogen, d.h. gerichtet auf Weltmarktintegration.

Zwei Indikatoren zur wirtschaftlichen Binnenentwicklung:

- Anzahl der genehmigten Patente: drei große Cluster: 1) Peking/Tientsin/Hebei; 2) Mandschurei, 3) Shanghai/Jiangsu. Ursache: Insbesondere in den nördlichen Provinzen ist die staatliche Großindustrie konzentriert, auf die nach wie vor der Löwenanteil der Produktion, Beschäftigung und Innovationstätigkeit entfällt!
- Forschungstätigkeit? stark konzentriert in 1) Peking und 2) Shanghai. = Abbild der staatlichen Hierarchie.

Folgen:

1) Inkaufnahme erheblicher regionaler Disparitäten! Das räumliche Nebeneinander ganz verschiedener Entwicklungsniveaus ist nur deshalb möglich, weil interregionale Migrationen staatlich reguliert sind, d.h. weitgehend unterdrückt werden (rigides System der Haushaltsregistrierungen). Dennoch nehmen die illegalen Land-Stadt-Wanderungen und interregionalen West-Ost-Wanderungen zu.

2) Verlust der Monopole der Staatsbetriebe und zunehmende Konkurrenz zwischen staatlichen und privaten Unternehmen auf den Beschaffungs- und Absatzmärkten. Staatlicher Industriesektor ist zwar immer noch überwiegend, seine Bedeutung geht aber zurück. (Ursachen: allmählicher Übergang zu Marktpreisen bei Rohstoffen und Energie, Absatzkonkurrenz, hohe Soziallasten, desh. zurückgehende Gewinne und teilweise Überschuldung). Bisher wird dieser Sektor noch durch Privilegien wie bevorzugte Kreditvergabe durch staatliche Banken und Subventionen aus dem Staatshaushalt gestützt. Künftige Aussichten: Konkurrenzsituation wird sich drastisch verschärfen. Staatsbetriebe werden als „Dinosaurier der Staatswirtschaft“ nur überleben können, wenn sie zu Innovationen und Effizienzsteigerungen fähig sind. Allerdings wird die Politik den Zusammenbruch dieser Großunternehmen vermeiden zugunsten eines gleitenden Übergangs! Bis heute erfolgte eine allmähliche Annäherung an Marktpreise, da die Subventionsbelastung des Staatshaushalts enorm ist und die Einsicht wächst, dass staatlich festgesetzte Preise zu Fehlsteuerungen der Wirtschaft führen. Wie sich langfristig die Koexistenz des staatlichen und öffentlichen Wirtschaftssektors darstellt, ist völlig offen!

1995 wurden die Sonderrechte der Sonderwirtschaftszonen und offenen Städte weitgehend aufgehoben, insb. durch die generelle Zulassung privater Unternehmen und ausländischer Investitionen (genauer: nach den Bestimmungen der Provinzen und lokalen Gebietskörperschaften). Ziel: Abbau der regionalen Disparitäten durch die Erwartung, dass die von den Sonderwirtschaftszonen ausgehende Modernisierung sich rasch über das Staatsgebiet ausbreitet.

Fazit: Die schwerpunktmäßig auf die Industrie gerichtete wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik hat tatsächlich eindrucksvolle Wachstumsraten - jedenfalls gemessen am industriellen Output bzw. BSP - erbracht. Die *industriellen* Wachstumsraten lagen in den 1950er Jahren bei ca. 18 % p.a. und seitdem immer um ca. 10 % p.a., selbst während der sog. Kulturrevolution. Das Mengenwachstum war jedoch nicht mit einer vergleichbaren Effizienzsteigerung verknüpft, da sich die

Faktorproduktivität, insb. die Arbeitsproduktivität, aber auch die Rohstoff- und Energieproduktivität, kaum verbesserte.

Aktuelle Wirtschaftsentwicklung der VR China

China konnte sich durch eine abschottende Währungspolitik weitgehend der Asienkrise 1997/98 entziehen. Die Wachstumsraten gingen nur leicht auf 7 bis 8 % zurück. Wachstumsmotor ist weiterhin die Industrie (Wachstum p.a. ca. 10 %), getragen durch anhaltend hohe Zuflüsse von ausländischen Direktinvestitionen (gerichtet auf die Küstenzone); dadurch stiegen die Exporte weiter an und führten zu einer weiterhin positiven Außenhandelsbilanz. Allerdings wurde die Binnennachfrage 1997-99 durch eine Deflation geschwächt; 2000 stiegen jedoch die Preise wieder an, und die Binnennachfrage stieg wieder um ca. 10 %

Probleme:

- Weiterführung der Wirtschaftsreformen mit den Elementen: Dezentralisierung der Entscheidungsstrukturen, Wachstumsorientierung, Marktliberalisierung, Aufbau des immer noch unzureichenden Institutionensystems wie Justiz, Finanzwesen usw.;
- Beibehaltung der sozialistischen Gesellschafts- und Politikordnung mit 1) KPCh-Machtmonopol, 2) politisch abhängiger Justiz und 3) fehlender Pressefreiheit.
- Defizitäre Energie- und Rohstoffversorgung (teilw. bedingt durch mangelhafte Effizienz der Nutzung); mangelhafte Infrastruktur, insb. Verkehrsinfrastruktur.
- Der staatliche Wirtschaftssektor ist wenig profitabel, teilweise konkursreif und muss viele überflüssige Beschäftigte entlassen. Entsprechendes gilt für die aufgeblähten öffentlichen Verwaltungen. Die Entlassungen und die anschwellenden Land-Stadt-Wanderungen führen zu hoher Arbeitslosigkeit (offiziell ca. 6%, Schätzung mind. 10%);
- Anhaltende und sich eher weiter verschärfende interregionale Disparitäten mit gravierenden Wachstums- und Einkommensunterschieden zwischen den Küstenprovinzen und dem Binnenland; kräftige Land-Stadt-Wanderungen.

Transformation Chinas?

Politik der evolutionären Transformation war insgesamt erfolgreicher als der Crash-Kurs Russlands. Die staatlichen Institutionen behielten eine beträchtliche Steuerungskapazität: Inflationskontrolle, Schutz privater und ausländischer Investitionen, Bekämpfung der Kriminalität, Unterdrückung von Migrationen, gewisse Abfederung der Reformverlierer. Im Unterschied zu Russland verfiel in China nicht der Staat zusammen mit der Partei. Die vom Westen immer wieder kritisierte sehr vorsichtige Öffnung des chinesischen Finanzmarktes mit mangelnder Währungskonvertibilität und Devisenkontrollen erwies sich im nachhinein als durchaus zweckmäßig. Paradox: Die Austeritätsprogramme der Reformgegner in der KPCh trugen insofern zum Erfolg bei.

Wichtiger Faktor: Landreform DENGs von 1978 mit einer weitgehenden Privatisierung der Böden zugunsten der Kleinbauern (hingegen werden in Russland immer noch 80 % der Böden kollektiv bewirtschaftet). Dies war in China ein prinzipiell erfolgreiches Armutsbekämpfungsprogramm und hat zur sozialen Befriedung beigetragen.

Entscheidende Bedeutung im Transformationsprozess hat die spezifisch *chinesische Unternehmenskultur*: langfristig stabile Familienunternehmen (zentralisierte Entscheidungsmacht, kleine Betriebsgrößen, Branchentechnologie innerhalb von Familienunternehmen organisierbar, Anpassung an bestehende politische Herrschaftsverhältnisse). Erklärung: niedrige Informations-, Kontroll- und Organisationskosten (= sog. Transaktionskosten) aufgrund tradierter soziokultureller Verhaltensmuster. Das meint: Einstellungen zu Autorität mit stabilisierender Cliquenbildung, privilegierte Verarbeitung von Wissen, Verhaltenssteuerung durch Primärgruppenrollen, geringe Selbstbindung des Individuums an allgemeine, formale Regeln.

Ausblick: Auch künftig werden in China nicht wie in den westlichen Gesellschaften rationale Bürokratien in Staat und Unternehmen dominieren, sondern regional und lokal extrem diversifizierte Formen von Unternehmenstypen und Interaktionsmustern (auch unterschiedliche Privatisierungsgrade, unterschiedliche Rechtsnormen usw.). Das heißt: Es gibt nicht *die* chinesische Transformation und *den* chinesischen institutionellen Rahmen der Ökonomie.

Hierarchieaufbau: unterste Ebene ländliche Familie, oberste Ebene überlebensfähige staatliche bzw. städtische Unternehmen. Unternehmen operieren in einem Dickicht formaler und informaler lokal-regionaler Beziehungen, die nach den Maßstäben rationaler westlicher Bürokratien häufig als Korruption zu bezeichnen sind und für ausländische Unternehmen (und Forscher) nur schwer zu durchschauen sind. Es ist noch nicht ausgemacht, ob diese spezifische chinesische Wirtschaftskultur weltwirtschaftlich wettbewerbsfähig ist.

Hongkong/Perlfussdelta

Noch in den 1950er und 1960er Jahren waren Hongkong und Macau Enklaven mit geringen direkten Verflechtungen mit der VR China (wg. des UN-Handelsembargos aufgrund der Beteiligung Chinas am Koreakrieg 1951 und der Autarkiepolitik der VR China).

Nach dem Verlust der ehemaligen Entrepôt-Funktion HKs und mitverursacht durch den anhaltenden Flüchtlingsstrom, der die soziale Stabilität HKs bedrohte, aber auch qualifizierte Fachkräfte und Kleinunternehmer nach HK brachte, entstand in HK zwischen den 1950er Jahre bis ca. 1980 eine exportorientierte Leichtindustrie (Textilien, Bekleidung, Spielzeug usw.) aufgrund aktiver einheimischer KMU-Unternehmer und der Verfügbarkeit billiger zuverlässiger Arbeitskräfte.

In Macau setzte eine ähnliche Entwicklung ein: Aufbau einer arbeitsorientierten Textil- und Bekleidungsindustrie, ergänzt durch Tourismus (Glücksspiel!).

Bis zu den 1980er Jahren ging in Hongkong die ehemals dominierende Textil- (1956: 47,5% der Exporte) und Bekleidungsindustrie (1956: 21,1%) *relativ* zurück, und die elektrische und elektronische Industrie gewann an Bedeutung: Uhren, Radios, Kameras usw. Anfang der 1980er Jahre zählte HK ca. 1 Mio Industriebeschäftigte, meist in KMUs, die durch ein differenziertes, aber auch sehr flexibles System des *Subcontracting* (Auftragsfertigung) miteinander verbunden waren. Anwendung fanden etablierte Technologien, die Vorprodukte wurden meist importiert (aus Ostasien), produziert wurde für die globalen Exportmärkte, insb. in Nordamerika und Europa.

Seit den 1980er Jahren erlebte HK (und eingeschränkt auch Macau) einen dramatischer Strukturwandel und zugleich weiteres Wachstum. Nach der wirtschaftspolitischen Liberalisierung der VR China 1979ff. wurde Hongkong zu dem wichtigsten Gateway des VR-chinesischen Außenhandels, und HK-Unternehmen erhielten die Möglichkeit, in der benachbarten Provinz Guangdong, speziell in der Sonderwirtschaftszone Shenzhen, Produktionsstätten und andere Zweigbetriebe zu errichten.

Dramatische Folgen:

(1) Explosionsartiges Wachstum des Handels China-HK; um 1990 wurden zeitweilig über 1/3 des VR-chinesischen Außenhandels allein mit (bzw. über) HK abgewickelt; die VR China avancierte zum weitaus wichtigsten Handelspartner HKs.

(2) HK's Wirtschaftsstruktur veränderte sich dramatisch: Noch 1979 waren 70 % der Beschäftigten in der Industrie und nur 30 % im Dienstleistungssektor tätig. Bis 1998 sank der Anteil der Industrie auf ca. 20 %. Auf Handel und Gastgewerbe entfallen 29 %, auf Transport 12 %, ferner Banken u. Versicherungen mit schnellem Wachstum 13 %. D.h.: viele dispositive Tätigkeiten der Industrie (F&E, Vermarktung etc.) sind in HK lokalisiert, während die eigentliche Fertigung nach China verlagert wurde. Starkes Wachstum der HK-Unternehmen, weil extrem niedrige Arbeitskosten auf dem Festland ausgenutzt werden können (dadurch hohe Gewinne und Kapitalbildung, aber auch Entstehung einer gut verdienenden Inhaber- und Manager-Schicht mit hohem Konsum in HK). HK ist inzwischen der zweitgrößte Börsenplatz Asiens, der viertgrößte Bankenstandort der Welt, das achtgrößte Handelsland der Welt und besitzt den weltgrößten Containerhafen.

(3) Seit ca. 1985 entwickelte sich ein „Speckgürtel“ im Raum Shenzhen, insb. durch HK-, Taiwan- und auslandschinesisches Kapital mit exportorientierten Produktionen. Schätzung: Heute bestehen in der Provinz Guangdong allein ca. 35.000 *joint ventures* von HK-Unternehmen mit ca. 80.000

Betriebsstätten mit ca. 5-6 Mio Beschäftigten (= „*outward processing*“). Vor allem die klassischen Exportgüter HKs werden heute zunehmend in der Provinz Guangdong produziert (und tauchen in der Außenhandelsstatistik HKs als Wiederausfuhr auf): Bekleidung, Spielzeug- und Sportartikel, Schuhe, Radios, Plastikartikel wie Taschen usw. (bisher noch weniger, aber zunehmend: Elektrogeräte, Textilien, Telekommunikationsgeräte).

Die *Perlfuss-Delta-Region* in der Provinz Guangdong entwickelt sich (neben Shanghai) zu dem wichtigsten Industrialisierungspol Chinas. Zwei günstige Voraussetzungen:

- a) Nähe zu Hongkong führte zu größerer Intensität von Außenkontakten (Fernsehen, Konsumgüter etc.);
- b) zahlreiche Familienbande, weil die Auswanderungen nach SE-Asien und HK schwerpunktmäßig aus Südchina kamen. Diese Verwandtschaftsbeziehungen spielen eine große Rolle für weitere Migrationen, für Devisenflüsse und für das Einsickern westlicher Konsumgüter.

Seit der Zulassung ausländischer Investitionen wuchs zunächst die Sonderwirtschaftszone Shenzhen vor den Toren Hongkongs. Nach der weitergehenden Liberalisierung der Provinzregierung diffundierte dieser Prozess in das Umland (z.B. 4 Wachstumszentren um das Perlfuss-Delta). 90 % der Investitionen kamen von Hongkong! Die Industrie in der Provinz Guangdong wächst mit jährlichen Raten um 20 %, d.h. sie verdoppelt ihren Output in ca. 4 Jahren! Während sie bis Ende der 1970er Jahre von der staatlichen Wirtschaftsplanung (u.a. aus strategischen Gründen) eher vernachlässigt wurde, liegen industrieller Produktionswert und Einkommen heute bereits um ca. 1/3 über dem chinesischen Durchschnitt.

1997 endete die Herrschaft der Briten, und HK fiel nach 155 Jahren an China zurück. Die Eingliederung in die VR China hat keinen wirtschaftlichen Crash ausgelöst, denn:

- (1) Die Eingliederung war lange bekannt, so dass sich die Akteure frühzeitig darauf einstellen konnten; insb. sind viele reichere Hongkong-Chinesen abgewandert (ca. 1/2 Mio), andere haben eine zweite Staatsbürgerschaft erworben (UK, Australien, Kanada) oder haben zumindest ihr Geld ins Ausland gebracht (Schweiz, Singapur). 1994 Vertrag zwischen UK und China über Rückgliederung mit weitreichenden Garantien („Ein Land, zwei Systeme“).
- (2) Die VR China hat ein vitales Interesse am Funktionieren ihres klassischen Außenhandelsfensters Hongkong. HK ist speziell als Finanzmetropole für die chinesische Volkswirtschaft unentbehrlich. 2/3 der FDIs in der VR China stammen aus HK! Nahezu die Hälfte der chinesischen Exporte und 1/3 der chinesischen Außenhandelserlöse entfallen auf HK!
- (3) Die VR China hat durch die Entwicklung der Sonderwirtschaftszonen, insb. von Shenzhen, gezeigt, dass sie selbst eine regional ungleiche Entwicklung hinzunehmen bereit ist. HK bildet innerhalb Chinas eine „Sonderverwaltungszone“ mit einer besonderen Rechts- und Wirtschaftsordnung. Beispielsweise besteht keine Freizügigkeit für Migrationen.

1998 war für Hongkong zunächst ein Rezessionsjahr: Ende des Bau- und Immobilienbooms, Exportschwäche aufgrund der mangelnden Nachfrage der Asienkrise-Länder, Finanzprobleme einiger Banken und Versicherungen (umstritten: Hauptgrund Rückgliederung an China oder Asienkrise?). 1999 waren die Probleme aber weitgehend behoben und die Honkonger Wirtschaft wuchs wieder.

Eingliederung Macaus: Die ehm. portugiesische Kolonie umfasst nur 24 km², auf denen 431.000 Menschen leben (1999), davon ca. 70 % Chinesen. Nach wiederholten Angeboten Portugals 1987 gemeinsame Erklärung Portugals und Chinas: Eingliederung Macaus zum 20.12.1999 mit dem Prinzip „*one country, two systems*“ nach dem Muster Hongkongs. Seitdem bildet auch Macau eine „Sonderverwaltungszone“.

Damit hat sich ein vierfach abgestuftes Entwicklungsgefälle um den kapitalistischen Pol Hongkong (und sekundär auch Macau) herausgebildet:

1. Hongkong mit einem Pro-Kopf-Einkommen von >12.000 US\$ als Business-Metropole;
2. Shenzhen als Wirtschaftszentrum und metropolitaner Rand, auch SWZ Zhuhai b. Macau;
3. relativ entwickeltes Umland (Prov. Guangdong einschl. Guangzhou) als Standort der HK-basierten Industrien mit mittleren Einkommen;
4. wenig entwickeltes Hinterland mit niedrigen Einkommen.

Dieses Gefälle erzeugt erhebliche Spannungen, die derzeit nur durch Wanderungsrestriktionen reguliert werden können, in Zukunft aber eine explosive Wirkung entfalten können. Massenzuwanderungen nach Hongkong würden einen Kollaps bzw. Slumbildungen auslösen.

Szenario: Guangdong mit der Business- und Finanzmetropole Hongkong entwickelt sich zu einem neuen „Tiger“, dessen Wirtschaftswachstum sich immer mehr vom Rest der VR China abkoppelt. OHMAE: Die „neuen Tiger“ sind nicht mehr Nationalstaaten, sondern *Regionen*, ggf. auch grenzüberschreitende Regionen. Daraus entstehen zwei offene Fragen:

- 1) Wie reagiert die zentralchinesische Politik? Behält der Nationalstaat die Kontrolle?
- 2) Wie reagiert die Bevölkerung? Werden Migrationsströme ausgelöst?

Denkbar ist auch ein zweites Szenario (politisch angestrebtes Diffusions-Szenario): HK/Guangdong werden zu einem großen südchinesischen Entwicklungspol mit einer weiten Ausstrahlung ins Hinterland durch die Ausbildung von Ringen:

- 1) HK/Shenzhen/Guangzhou als Business-Zentrum,
- 2) Provinz Guangdong in intermediärer Position mit höherwertiger Produktion bei mittleren Löhnen,
- 3) Hinterland S- und SW-Chinas mit einfachen Produktionen bei niedrigen Löhnen.

Taiwan

Entwicklungsvoraussetzungen:

(1) Taiwan ist wie Japan ein Teil des ostasiatischen Inselbogens mit insgesamt ungünstigen natürlichen Entwicklungsvoraussetzungen: sehr gebirgig (nur ca. 1/4 der Fläche ist landwirtschaftlich nutzbar), kaum Bodenschätze, hohes Erdbebenrisiko (z.B. starkes Erdbeben 1999). Die Insel ist vor allem an der Ostküste gebirgig, dagegen liegt an der Westküste eine bis zu 45 km breite Küstenebene. Dort intensive landwirtschaftliche Nutzung mit hoher Bevölkerungsdichte und starker Verstädterung (Taipeh ca. 3 Mio Ew., Kaohsiung 1,5 Mio Ew.).

(2) Taiwan hat gegenüber dem festländischen China immer eine Sonderrolle gespielt: stärkerer Einfluss anderer Mächte, insb. Japans; höheres Bildungs- und Entwicklungsniveau, häufig Immigration von Eliten, insb. nach dem chinesischen Bürgerkrieg. Nach 1949 immigrierten vom Festland ca. 1,4 Mio Menschen (deren Nachkommen heute ca. 20 % der taiwanesischen Bevölkerung ausmachen). Dies führte zu einem bis heute nachwirkenden Dualismus zwischen der politischen Guomindang-Elite der *Mainlanders* und den Taiwan-Dialekt sprechenden Taiwanesen.

(3) Kulturelle Faktoren: Guomindang-Politik war kompatibel mit den kulturellen Traditionen des Konfuzianismus, Daoismus und Buddhismus. D.h. Legitimation des Strebens nach materiellem Glück, Sparen und Investieren werden positiv bewertet; wichtige Stellung des Lernens (konfuzianische Tradition), Arbeitsmoral (trad. chinesisches Sprichwort: „Ist der Mensch fleißig, bleibt der Boden nicht faul.“). Dazu gehört auch die traditionelle Familien- und Clan-Orientierung: nicht Streben nach individuellem, kurzfristigem Gewinn und Genuss, sondern Wohlstand für die Familie einschl. der nachfolgenden Generationen.

Die Industrialisierung Taiwans zeigt viele Ähnlichkeiten, aber auch einige charakteristische Abweichungen im Vergleich mit Japan und Korea.

Viele Parallelen zu südkoreanischen Entwicklung:

- Nur wenige natürliche Ressourcen. Der Entwicklungspfad ging deshalb von der Leichtindustrie aus, basierend auf dem Faktor Humankapital: billige, aber qualifizierte und fleißige Arbeitskräfte.
- Duale Strukturen: Ein Dualismus zwischen dem modernen industriellen Sektor und den traditionellen einheimischen Familienunternehmen bestand schon seit der japanischen Kolonialzeit; dieser Dualismus blieb lange wirksam, auch nach der Verstaatlichung der japanischen Unternehmen durch die festlandchinesische Guomindang-Regierung.
- 1949/53 Landreform mit Enteignung der Großgrundbesitzer (gegen Entschädigung); diese investierten dann in der aufblühenden Industrie;
- starke Position des Staates (allerdings anders als in Korea hier: Dualismus zwischen den politisch führenden Festland-Chinesen der Guomindang und den wirtschaftlich führenden Taiwanesen, insb. der vielen KMUs);
- Taiwan war wie Südkorea „Frontstaat“ und erhielt deshalb erhebliche finanzielle Hilfen der USA beim Aufbau eines Alternativmodells zur VR China. Insbesondere wurde der Aufbau der Infrastruktur in den 1950er und 1960er Jahren überwiegend von den USA finanziert.

- Wesentlicher Unterschied zu Japan und Südkorea: KMU-Dominanz und nur wenige Großunternehmen mit internationaler Marktmacht. Wesentlich war eine entwicklungspolitische Koalition zwischen den Technokraten der Regierung und einheimischem sowie ausländischem Kapital.

Politische Entwicklung

Die nationalchinesische (Guomindang) Verfassung von 1947 enthielt entwicklungspolitische Vorstellungen der GMD, die auf den Ideen von SUN YATSEN (Sun Yixian) (1866-1925) vom Volkswohl basierten und die folgenden Elemente umfassten: sozialer Ausgleich des nationalen Wohlstands, Umverteilung der ländlichen Bodeneigentumsrechte, Beschränkung des Privatkapitals, aktive Rolle des Staates hinsichtlich staatlicher Versorgungsunternehmen und der Überführung etwaiger privater Monopole in staatliche Unternehmen. Darüber hinaus enthält die Verfassung einige Verpflichtungen für den Staat: Modernisierung der Landwirtschaft und Industrie, Förderung von Bildung und Wissenschaft, Förderung und Schutz des Außenhandels.

Erster Schritt der GMD-Regierung 1949ff.: *Landreform* 1949-53 nach SUN YATSENS Grundsatz „*Land to the tiller*“. Die GMD-Politik war geprägt von negativen Erfahrungen auf dem Festland, wo die ungelöste Landbesitzfrage wesentlich zum Erfolg der KPCh beigetragen hatte, sie erfolgte aber auch auf sanften Druck der USA, d.h. ohne Interessenberücksichtigung der bisherigen Grundeigentümer! Die taiwanesischen Grundbesitzer wurden nur teilweise entschädigt (d.h. Boden wurde beim Kauf durch den Staat unterbewertet; Alteigentümer wurden durch überbewertete Anteile an staatlichen Betrieben entschädigt). Diese Umverteilung legte die Grundlage für die bemerkenswert egalitäre Besitz- und Einkommensverteilung Taiwans. Die wirtschaftlichen Interessen der Großgrundbesitzer verlagerten sich auf Industrie und Handel. Dadurch entstand eine charakteristische Arbeitsteilung: Die Festlandchinesen stellten einen großen Teil der Politiker und Beamte, während die meisten Unternehmer Taiwanesen sind. Inzwischen aber zunehmende Taiwanisierung der Politik und Verwaltung und Internationalisierung der Wirtschaft.

Die GMD-Regierung verfügte beim Aufbau über ein wichtiges Kapital: die verstaatlichten japanischen Industrie- und Handelsunternehmen, die ca. 80 % des Industrievermögens ausmachten (Taiwan war de facto japanische Kolonie). Davon wurde ein großer Teil privatisiert (insbesondere an ehemalige Grundbesitzer), ein anderer wurde zu staatlichen Monopolunternehmen reorganisiert: Taiwan Power Corp., Taiwan Fertilizer Corp., Taiwan Sugar Corp., Taiwan Petroleum Corp., d.h. insb. im Energie- und Agrarsektor. Der Staat konnte dadurch den Agrarsektor steuern und Gewinne abschöpfen, die zum Aufbau der Industrie investiert wurden. Z.B. war 1952 noch über die Hälfte (56 %) der gesamten Industrie staatlich.

Zentraler Aspekt der Entwicklungspolitik: *Ausbildung*, d.h. massive Förderung sowohl der allgemeinen Bildung als auch der beruflichen Ausbildung und Weiterqualifizierung. Im Zuge des *Taiwan-Miracles* führten Bildungs- und Ausbildungsanstrengungen der Arbeitskräfte zu Belohnungen in Form von ökonomischer Rendite und sozialer Anerkennung, dadurch wurde ein sich selbst verstärkender Prozess eingeleitet. Seit 1989 werden über 15 % des Staatshaushalts für Bildung, Wissenschaft und Kultur verwendet (dazu kommen private Aufwendungen).

Damit korrespondieren wettbewerblich organisierte, flexible Arbeitsmärkte. Einerseits bieten sich dadurch viele Chancen. In der lang anhaltenden Wachstumsepoche ermöglicht *job hopping* einen raschen sozialen Aufstieg (leistungsorientierte Anreizstruktur). Andererseits sind damit Einschränkungen der Gewerkschaftsrechte, ein Zurückfallen der Schwächeren verbunden (aber

aufgefangen durch Familien-Solidarität). Erst ab Mitte der 1980er Jahren wurden Arbeitsrechtsbestimmungen eingeführt!

Hohe Sparquote (wie in allen „metakonfuzianischen“ Gesellschaften) wurde staatlich gefördert; stabile Preise, stabilitätsorientierte Währungspolitik, Diversifizierung und Liberalisierung der Kapitalmärkte mit Börse, Postsparsystem usw. (positiver Unterschied zu Südkorea und Hauptgrund für die geringe Betroffenheit von der sog. Asienkrise 1997/98).

Rolle des Staates als „*Entrepreneur*“: Einerseits wurde der hohe Staatsanteil an der taiwanesischen Industrie sukzessive verringert, zumal die alten Monopole ihre strategische Bedeutung verloren. Andererseits erfolgte der moderne industrielle Aufbau unter der Regie des „starken Staates“: Der Staat engagierte sich insbesondere seit den 1960er Jahren in *joint ventures* mit einheimischen und US-amerikanischen Unternehmen in „neuen“ Industriezweigen: Petrochemische Industrie, Stahlindustrie, Schiffbau, Automobilindustrie. Staatliche Unternehmen oder staatlich gestützte Joint-venture-Unternehmen übernehmen die Rolle von Pionieren auf neuen Gebieten. Dies hätte von taiwanesischen KMUs allein kaum geleistet werden können.

Auch in der Computer- und Halbleiterindustrie ist der Staat aktiv: Staatliche Forschungs- und Dienstleistungsunternehmen suchen sich in- und ausländische Produktionspartner.

Der Anteil des Staates am industriellen Produktionswert wurde sukzessive von über ca. 30 % zu Beginn der 1970er Jahren auf ca. 10 % (je nach Sektor) um die Mitte der 1990er Jahre verringert. Dies ist eine bemerkenswerte Anpassungsleistung der bürokratischen Elite: Sie verzichtet mit dem Entstehen einer leistungsfähigen privatwirtschaftlichen Elite auf ihre Machtposition, d.h. der Staat reduziert seine Rolle als „*Entrepreneur*“.

Warum? a) wirtschaftspolitische Leit- und Vorbilder Japan und USA, b) Möglichkeit der Beamten zum Überwechseln in die besser zahlende Privatwirtschaft.

Seit den 1990er Jahren wächst die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der seit 1949 regierenden und durch Korruptionen belasteten KMT-Regierung. Im Jahre 2000 kommt es durch Wahlen zu einem Machtwechsel; neuer Präsident wird CHEN SHUI-BIAN von der bis dahin oppositionellen Demokratischen Fortschrittspartei. CHEN gilt als Reformler und leitet vorsichtig eine Politik der taiwanesischen Unabhängigkeit ein (was zu heftigen Drohungen der VR China führt).

Wirtschaftliche Entwicklung

Seit Beginn der 1950er Jahre erstaunlicher wirtschaftlicher Aufschwung:

- Industrie erzeugte 1952 nur 12,9 % des BIP, 1992 schon 32,9 % und 1998 37,9 %!
- BSP wuchs mit jährlichen Wachstumsraten um 10-15 %, in den 1990er Jahren immerhin noch um 6-7 %.
- Sektorale Gliederung nach Erwerbstätigkeit 1999: I. Sektor 9 %, II. Sektor 38 %, III. Sektor 53 %.

Phasen der Industrialisierung:

(1) 1953-64:

Ausbau der Energie-Infrastruktur; Aufbau von Leichtindustrien für den Binnenmarkt (Importsubstitution), insb. Textil- und Bekleidungsindustrie (Kapitalengpass, Reichtum an billigen Arbeitskräften), Nahrungsmittelindustrie.

Industriepolitische Strategien: In den 1950er Jahren lag der Schwerpunkt auf dem Aufbau der *importsubstituierenden* Leichtindustrien, insb. Textil- u. Bekleidungsindustrie.

(2) 1965-72: zunehmende Exportorientierung: insb. Konsumgüter wie Bekleidung, Schuhe, Schirme, Fahrräder, einfache Elektrogeräte (komparative Faktorausstattung: nicht Kapital, sondern viele billige, fleißige Arbeitskräfte). Allmählicher Aufbau von Grundstoffindustrien (Chemische Industrie, Petrochemie) und Maschinenbau.

Seit Mitte der 1960er Jahre Kurswechsel zur *exportorientierten* Industriepolitik; Strategie: Analyse der komparativen Vorteile (Lohnkosten, Humankapital) und der Weltmarktsituation, insb. im Hinblick auf den wichtigsten Absatzmarkt USA.

Instrumente:

- Außenhandelspolitik: Abbau der protektionistischen Zölle und Devisenbeschränkungen; Umbau des Zollsystem zu einer dualen Struktur: vollständige Liberalisierung der Exporte, selektive Belastung der Importe, z.B. waren um die Mitte der 1980er Jahre noch für die Hälfte aller Industriegüter besondere Genehmigungsverfahren erforderlich.
- Industrieverbände unter direkter staatlicher Kontrolle fördern und regulieren den Außenhandel bestimmter Branchen, da wegen der KMU-Struktur die einzelnen Unternehmen oftmals nicht in den Lage sind, selbstständig auf den Weltmärkten zu operieren. Sie bilden z.B. Exportförderungskartelle mit Quotenfestlegung (z.B. Textilindustrie).
- Vergabe von staatlich subventionierten Exportkrediten und Unterstützung des Exportmanagements.
- Anreize für in- und ausländische Investoren in strategisch wichtigen Branchen, insb. in kapital- und technologieintensiven Exportindustrien wie Elektronik-, Maschinenbau-, Petrochemie- und Düngemittelindustrie.
- Liberalisierung des Kapitalmarktes,
- Ausbau der Infrastruktur: 1970er Jahre Programm der sog. „zehn nationalen Bauprojekte“ neben Schlüsselindustrien wie Stahl, Werften, Petrochemie auch Infrastruktur wie Elektrizität, Telekommunikation und Verkehr.
- Bau von Industrieparks und Einrichtung von Exportverarbeitungszone (*export processing zones*) mit steuerlichen Anreizen.

(3) 1973-81: Expansion der kapital- und technologieintensiven Schwerindustrien; allmählicher Aufbau von Fahrzeug-, Werkzeug- und Präzisionsmaschinenindustrien sowie Elektronik-Industrien. Impulse durch staatliche Investitionen in Infrastruktur-Großprojekte (Flughafen, Seehäfen, Eisenbahn, Autobahn); Anlage von drei *export processing zones*.

(4) 1982-?? Technologiepolitische Orientierung:

1980er Jahre: Verlagerung der Industriepolitik auf High-Tech-Industrien mit hohem F&E-Input und hoher Wertschöpfung. Ausbau der Forschungs- und Bildungs-Infrastruktur. Errichtung von Technologieparks nach dem Modell des Silicon Valley.

Folge: Anteil des Exports am BIP steigt von 11,6 % (1958) auf 29,7 % (1970) auf 43 % (1990)! Güterstruktur verändert sich drastisch: Anteil der Textil- und Bekleidungsindustrie geht zurück, heute dominieren Produkte der Elektronikindustrie und des Maschinenbaus.

Die Regierung zielte bewusst auf einen wissenschaftlich-technologischen Aufholprozess nach dem Vorbild Japan: nationale Wissenschafts- und Technologie-Entwicklungspläne für strategisch ausgewählte Felder. Beispiele: *Industrial Technology Research Institute* 1973 gegr., *Hsinchu Science Based Industry Park* 1980 gegr.

Strategischer Schwerpunkt: Anwenderspezifische Chip-Entwicklung und Produktion. Um 1990 hatte Taiwan das größte Potenzial (Firmen, Experten) zur Chipentwicklung in Asien nach Japan. In der Informationstechnologie (Hard- und Software) belegte Taiwan 1995 hinter den USA und Japan bezüglich des Produktionswertes bereits den 3. Weltrang! Besondere Spezialitäten: bei Hauptplatinen und Tastaturen Weltmarktanteil 65 %, bei Bildscannern 64 % und bei Notebooks 27 %; auch bei der Produktion von Monitoren 1. Weltrang. Bekanntes taiwanesisches Computer-Unternehmen: Acer.

Unternehmensstruktur jedoch grundverschieden von Japan und Korea, denn in Taiwan dominieren KMUs. Sie produzieren 55 % des industriellen Outputs und bestreiten sogar 65 % der Exporte und stellen 70 % der industriellen Arbeitsplätze! Die KMU-Struktur hat Vorteile, aber auch Nachteile: mangelnde Kompetenz zur Erschließung ausländischer Märkte durch internationales Marketing und durch FDI's. Deshalb erfolgten mehrfach Zusammenschlüsse taiwanesischer Investoren für bestimmte Projekte; z.B. wurde auf Batam (Indonesien) ein Industriepark mit 340 ha von einem *joint venture* eines taiwanesischen und eines indonesischen Developers entwickelt. Die KMU-Struktur - bzw. genauer: das Fehlen großer Gateway-Unternehmen - hat zu einem Defizit des internationalen Marketings geführt, so dass taiwanesische Unternehmen auf den Weltmärkten wenig bekannt und präsent sind (vielleicht mit Ausnahme von Acer).

Räumliche Struktur: hohe Konzentration in der Hauptstadtregion Taipei und entlang der Westküste bis Kaohsiung im SW. Auch hier spiegelt sich die starke außenwirtschaftliche Orientierung in der Standortverteilung. Das gebirgige Binnenland sowie die Ostküste sind kaum industrialisiert.

Aktuelle Probleme Taiwans

Ähnlich wie in Südkorea treten zunehmend Probleme eines reifen Industrielandes auf, ohne dass die gesellschaftlichen Institutionen dementsprechend voll entwickelt wären:

- Abschwächung des BIP-Wachstums: 1995 5,9%, 1996 5,6%, 1997 5,8%,
- Die Starbranche Elektronikindustrie stagniert, teils aufgrund endogener Probleme (Mangel an Fachkräften, insb. Ingenieuren, Designern und Marketing-Spezialisten; wenige leistungsfähige Großunternehmen), teils aufgrund zunehmender taiwanesischer FDI's in den neuen Billiglohnländern, insb. VR China. Beispielsweise lässt Acer heute einen großen Teil der Computer in der VR China montieren.
- Defizite der immateriellen Infrastruktur: Spitzen-Fachkräfte studieren vielfach im Ausland (Amerika, Australien, England, aber auch Hongkong und Japan);
- Defizite der materiellen Infrastruktur: Verkehr, Wasser, Abfall, Umwelt.